

Protokoll der 56. Sitzung der

Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN

DATUM: 11.01.2016 ab 20.00 Uhr im Gruppen-Raum im Alten Rathaus Bielefeld

Formalfoo

- Eröffnung: 20:06 Uhr
- Versammlungsleitung: Michael
- Protokollantin: Hildegard
- Anwesenheit: 11 Personen (davon 1 Gast)

Name	Status	Anwesen	Abwesend
		d	
Christian	Ratsmitglied	x	
Michael	Ratsmitglied	x	
Rüdiger	Bezirksvertretung Mitte	x	
Hildegard	Sachk. Bürgerin	x	
Lars	Sachk. Bürger	x	
Gerd	Sachk. Bürger	x	
Christoph	Sachk. Bürger	x	
Martin	Sachk. Bürger	x	
Hermann	Sachk. Bürger		x
Ralf	Sachk. Bürger	x	
Ralph	Sachk. Bürger	x	
Pablo	Sachk. Bürger		x

- Beschlussfähig: ja
- Überprüfung, ob Anträge vorliegen: nein

Top 1: Silvester am Boulevard in Bielefeld und in ganz Deutschland

- BfB hat zu diesem Thema eine Sondersitzung beantragt
- OB muss Sondersitzung einberufen
- es hat noch keine Koalitionsrunde zu diesem Thema stattgefunden
- es ist ein wichtiges Thema, auch was in Bielefeld passiert ist
- in der NW und im WB Blatt wurde darüber berichtet
- es wurden Meinungsbilder abgefragt, damit Michael einen Standpunkt in der Koalitionsrunde formulieren kann
- es muss ein Faktenscheck gemacht werden, warum die Lage eskaliert ist
- OB sagt, Ermittlungsergebnisse abwarten und dann Stellung nehmen
- sexuelle Belästigungen und Grabschereien werden endlich öffentlich wahrgenommen

- es gab am Boulevard in Bielefeld schon immer Probleme mit Migranten und dieses Thema sollte nicht heruntergespielt werden
- großer Druck lastet auf die Polizei
- ein Stück ehrlicher Umgang ist verloren gegangen
- gucken, was für Leute es waren, wo sie herkommen
- viele Straftaten bleiben ohne Konsequenzen
- Herdentrieb spielt eine gewisse Rolle
- klassische Übergriffe auf Frauen haben eine andere Dimension bekommen, was nicht hinzunehmen ist
- bei Straftaten – Abschiebung
- nicht auf Grund des Status sensibel mit Strafen umgehen
- Fallbeispiele, Erfahrungen wurden berichtet
- Flüchtlinge können ihre Erziehung und ihr Frauenbild nicht automatisch an der Grenze ablegen
- mehr Kameras sorgen nicht für weniger Straftaten
- überlegen, was wir wollen - einen Polizeistaat, oder mehr Zivilcourage
- Martin meint: Lehrer und Eltern lassen zu viel durchgehen
- auch bei Deutschen gab es schon immer Gewalt – beim Tanz früher Schlägereien
- einen Faktenscheck zusammen zu machen abends am Boulevard in Bielefeld wurde vorgeschlagen
- bei der Hemmschwelle spielt Herkunft und Migrationshintergrund und Erziehung eine Rolle
- Vater Staat hat einen Erziehungsauftrag
- die Frage ist, wie gehen wir damit um – auf die kommunalpolitische Agenda setzen
- Grundgesetz oder Religion, was folgt an politischen Forderungen
- wie kann Migration gelingen
- Verhinderung von Ghettobildung ist wichtig
- Patenschaften übernehmen
- viele junge Männer sind ins Land gekommen
- wenn sich herausstellt, dass es Banden waren ist das Problem noch viel größer
- wir müssen Rechtsstaatlichkeit herstellen und die Freiheit sichern
- Flüchtlinge haben lange Weile, es ist ein großes Problem
- mehr für Flüchtlinge organisieren, Sprachkurse, Computerkurse, Praktika, Sport
- Betriebe müssen ermutigt werden Leute zu beschäftigen – auch ohne Geld
- die Flüchtlinge haben etwas Positives bewirkt, dass wieder mehr über sozialen Wohnungsbau geredet wird
- Attentäter von Paris lebte in Recklinghausen in einer Flüchtlingsunterkunft
- WB berichtet über 5 Seiten über Migranten und Terror als Thema
- was passiert gesellschaftlich an Hand der Ereignisse
- es müssen Konsequenzen gezogen werden, sonst kann die Stimmung umschlagen
- die Demokratie und der Rechtsstaat ist in Gefahr
- man hat das Gefühl diese Straftaten haben ein gesellschaftliches Ventil geöffnet
- wenn die Taten nicht verfolgt werden entsteht Unsicherheit, Hysterie und eine Eigendynamik

- Thema Stapenhorststraße – Grüne fordern von der Verwaltung Tempo 30 zu prüfen
- Vergrößerung der Radwege – mehr Sicherheitsabstand
- ursprünglich der Vorschlag von Martin, den die Grünen aufgegriffen haben
- mit dem Fahrradbeauftragten Kontakt aufnehmen
- Verwaltung wird kurzfristig aufgefordert etwas zu unternehmen auf Grund des schweren Unfalls
- wir sollten möglichst konkret werden, was Politik will
- was umgesetzt wird, bestimmt die Bezirksvertretung
- Martin fordert eine sofortige Umsetzung von Tempo 30
- Michael hätte am liebsten eine Fahrradschnellstraße zur UNI
- nach Prüfung auch Umsetzung
- Stapenhorststraße ist eine Hauptverkehrsachse und der Verkehr müsste anderes umgeleitet werden
- Sinn macht es nicht, das Problem zu verschieben
- vielleicht sollte der Antrag noch ergänzt werden, SPD mit einbringen, die Sache hätte noch mehr „Gewicht“
- Anwohnerbeteiligung ist wichtig
- Stadt der Bürgerbeteiligung passt zum Koalitionsvertrag
- der Abstand von 1,50 m fehlt
- 3 schwere Unfälle dieser Art
- Radwegebenutzungspflicht sollte aufgehoben werden, damit alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind
- mehr Sicherheit für alle
- Frage, ob die Verwaltung es so umsetzen kann
- wenn die Politik es beschließt, kann es umgesetzt werden
- Bv Mitte - gutes Gremium – warum nicht umsetzen
- Meinungsbild positiv;

Dürrkopp Tor 6

- Maßnahmen in der regionalen Planung nicht berücksichtigt
- muss in den Regionalplan mit aufgenommen werden
- Planungsfeststellungsverfahren – Stadt hat Anhörungspflicht
- OB kritisiert Planung von moBiel
- geht an die Bezirksregierung nach Detmold
- Amt für Verkehr streitet sich dann mit moBiel
- wie wirkt sich der Verkehr aus
- Anwohner haben das Recht auf Lärmschutz
- Parkbereich wird nicht verkehrsberuhigte Zone
- OB: Bahn kann nicht so fahren - rechts vor links
- Könnte durch Ampelanlage geregelt werden
- Straßenbahn Vorfahrt gewähren durch Lichtsignale
- Martin trägt Vorlage vor
- Könnte verkehrsberuhigte Zone werden von 4 -7 km/h
- Antrag unabhängig von der Koalition stellen
- in der Carl-Schmidt-Straße wurden die Balkone nicht berücksichtigt wegen Lärmschutz
- Anwohner sollen in keinsten Weise an Kosten beteiligt werden

- Frage nach Jugendgästehaus – wurde fehl geplant
- Änderungsantrag – Änderung der Straße
- es ist eine Beschlussvorlage
- in BV Mitte und SteEA viele kluge Fragen stellen
- Anfrage mündlich anmerken und schriftlich einreichen, soll auch zukünftig verkehrsberuhigte Zone bleiben
- positives Meinungsbild;

Friedhof Jahnplatz

- soll ausgebaut werden
- Spielplatz soll platt gemacht werden
- Überangebot an Friedhöfen in Bi
- gegen den Antrag stellen
- Spielplatz sollte verbessert werden durch mehr Licht
- Spielplatz ist von Mc Donalds gespendet worden
- Grünen wollen statt Spielplatz Wohnbebauung
- bei der Planung vom Kesselbrink wollten wir auch einen Spielplatz
- es hieß, ein Spielplatz ist in der Nähe
- wenn es keinen Ersatz gibt, nicht an den Spielplatz rangehen
- in der Innenstadt gibt es zu wenig Spielplätze
- einige meinen die Fläche ist zu klein für einen Spielplatz, nicht attraktiv genug
- nochmal Vorschlag Kesselbrink mit einbringen
- Lars meint die Fläche als Friedhof zu versiegeln für alle Zeiten ist nicht gut
- die Leute können auch nach Sennestadt zum Friedhof fahren
- mitten in der Innenstadt keine neuen Gräber
- Spielplatzbedarfsplanung
- in der Stadt muss es Spielflächen geben
- was müsste man tun, dass Eltern und Kinder gerne hingehen
- Befragung, was würde euch fehlen; Sicherheit; - Anwohnerauskunft
- pol. Arbeitsgruppe Friedhöfe; aus Sicht der Verwaltung Überangebot an Friedhöfen
- mit Spielplätzen unterversorgt
- Urban Gardening wäre eine Möglichkeit, Begehungen von Schulklassen
- 100 % Bedarf – 15 % Abdeckung in Bi
- Fläche auf jeden Fall als grüne Fläche nutzen
- Stadt übernimmt die Sicherungspflicht; Versicherungspflicht (30 Seiten mit Auflagen)
- Entwicklung Wilhelmstraßenquartier – was sich entwickelt – wo sich Bedarf entwickelt

Schulausschuss

- Donnerstag 5 Koalitionsvertreter, 2 Vertreter von der CDU – Anträge vorgestellt
- bei 3 Anträgen unterstützt die CDU, letzter Antrag wird nochmal angeguckt
- 1. Antrag Thema OGS – soll es Standards geben
- mit den Anträgen muss sich beschäftigt werden

- künftige Zügigkeit der Schulen
- heiße Diskussion über Schließung der Brodhagenschule
- weitere Treffen zum Thema Schulentwicklung geplant

Haushaltsklausur

- Infos über die Mailing –Liste

Finanzbeschlüsse

- Kostenentscheidung über die Fahrt nach Amsterdam „Cradle to Cradle“
- es wurde eine Kostenbeteiligung der Ratsgruppe von 350 € vorgeschlagen
- 3 Leute haben sich gemeldet
- Martin schickt Mails, um sich zu informieren
- wer Interesse hat, soll mitfahren
- Beschluss 240 € für das WB e- Paper über das Ratsbüro auszugeben

Termine

- 13.01.2016; Kochen u. Ernährung; 14.01.2016 zukünftige Mobilität
- 30.01.2016 Fahrradtour Tierschutzverein
- wir als Unterstützer – einklinken, auf Missstände aufmerksam machen
- alle dafür, eine Enthaltung
- offizielle Anfrage von Tierschutzleuten, ob Plakate im Rathaus aufgestellt werden können
- Fotos machen, dann entscheiden

Ende der Sitzung: 22:45 Uhr